LZ-Rheinland

Artikel vom 24.11.2021 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 16:19 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/landwirte-demonstrieren-vor-edeka-zentrallager

Landwirte demonstrieren vor Edeka-Zentrallager



Foto: imago/Eibner

Etwa 200 Landwirte haben vor dem Edeka-Zentrallager im niedersächsischen Wiefelstede demonstriert. Dazu aufgerufen hatten LSV Deutschland und die Freien Bauern. Sie forderten am Donnerstag vergangener Woche den Lebensmitteleinzelhandel (LEH) auf, den Agrardialog wieder aufzunehmen und bis Weihnachten mit konkreten Ergebnissen abzuschließen. LSV Deutschland-Sprecher Anthony Lee appellierte an den Handel, „umgehend“ an den Verhandlungstisch zurückzukehren und die im Agrardialog gemeinsam ausgearbeiteten Lösungsansätze für kostendeckende Erzeugerpreise in die Tat umsetzen. Die Freien Bauern sehen die künftige Bundesregierung in der Pflicht, „politische Entscheidungen gegen die Macht der Monopole“ zu treffen, wenn sich der LEH weiterhin weigere, Verantwortung in der Wertschöpfungskette zu übernehmen.

Als „unverantwortlich“ bezeichnete es der Milchsprecher der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Ottmar Ilchmann, dass sich der LEH vor wenigen Wochen vom Verhandlungstisch mit den landwirtschaftlichen Verbänden im Agrardialog verabschiedet habe, „zumal die wirtschaftliche Lage auf den tierhaltenden Höfen brennt“. Nach seiner Einschätzung wäre es dringend an der Zeit, mit den verschiedenen Verbänden und mit den Verarbeitern konkrete Lösungen zu erarbeiten, wie die

Bauernhöfe in der Wertschöpfungskette langfristig deutlich kostendeckendere Preise erzielen könnten. „Wir fordern den Lebensmitteleinzelhandel auf, sich seiner Verantwortung zu stellen und umgehend an den Verhandlungstisch zurück-zukehren, um zu raschen Ergebnissen für bessere Erzeugerpreise auf den Höfen zu kommen“, so Ilchmann. Der Vorstandsvorsitzende der Milcherzeugergemeinschaft (MEG) Milch Board, Frank Lenz, bewertete die Aktion als „durchaus wichtig“. In den „sehr konstruktiven“ Verhandlungen seien Lösungen erarbeitet worden, die allen Beteiligten nützlich wären. Darauf müsse aufgebaut werden. Ein Sprecher der zuständigen Polizeiinspektion Oldenburg-Stadt/Ammerland bestätigte, dass die Protestaktion bis zum 24. Dezember genehmigt sei.